

LinksBlick

Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

Gedanken zum Gedenken

Gedenkveranstaltung in Berlin-Friedrichsfelde anlässlich des 92. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Darum gebeten, einige Zeilen zur Gedenkveranstaltung zu schreiben, möchte ich mein Erleben etwa so zusammenfassen: Auf dem Weg vom S-Bahnhof Lichtenberg rote Nelken kaufen, diese dann an den Gräbern von Rosa Luxemburg und Prof. Rodenberg niederlegen, danach an einem der vielen Stände ein gutes Buch kaufen, Freunde und Bekannte wieder treffen und gemeinsam am Stand von Cuba Si ein Glas Cuba libre trinken. Für Berliner hat dieser

Januar-Sonntag ja schon lange Tradition - für mich ganz persönlich erst seit 1990 - vorher habe ich mich diesem „Pflichttermin“ lieber entzogen.

Heute ist es mir wichtig, bei diesem kollektiven Gedenken dabei zu sein. Die vielen Tausenden des linken Spektrums - Junge, Alte, aus Ost und West - in der Gedenkstätte in Friedrichsfelde zu sehen ist jedes Jahr von Neuem beeindruckend und emotional berührend und gibt mir Kraft und Zuversicht.

Andrea Schenk, Luckenwalde

Zwei L. und noch eins

Drei rote Nelken
Am zweiten Sonntag
Im Januar jeden Jahres
Die eine für L.
Die andere für L.
Und die dritte
Für das L.
Einer Rosa, der Frau unterm Dach und
Der, die das Licht in Augen versteht
Und für Karl und für Nicos und den
Der allen reicht
Die offene Hand

*Jürgen Polinske, 1969 bis 1973 Schüler der ehem. EOS Luckenwalde,
in: Erborgtes Licht - Gedichte*

Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 10

Zitiert ...

Wenn Unrecht zu Recht wird,
wird Widerstand zur Pflicht!

Bertolt Brecht (1898 - 1956)

DIE LINKE.

Einer von Uns

Marianne Richter im Gespräch mit

M. Richter: Wir führen in unserer Basis eine rege Programmdiskussion. Du warst der Erste, der ein Thema bearbeitet hat. Mich interessiert Deine Meinung.

D. Werner: Dass meine Partei endlich einen Programmentwurf vorgelegt hat und im Herbst beschließen wird, begrüße ich sehr. Ich habe den Entwurf gelesen. Unsere monatlichen Diskussionen in der Basis sind für mich sehr wichtig. Ich kann sie nur allen Basisorganisationen empfehlen.

Der demokratische Sozialismus ist als Ziel formuliert, das ist für mich der wichtigste Aspekt. Mir ist bewusst, dass ein weiter, arbeitsreicher und steiniger Weg vor uns liegt. Deshalb kann der Kommunismus als Ziel weder formuliert noch diskutiert werden. Ich unterstreiche ganz dick unser klares Bekenntnis als Friedenspartei. Aus meiner Sicht gibt es aber auch Formulierungen, die konkretisiert werden müssten. Ich will zwei Beispiele nennen: Das sind die Eigentumsfrage und die Gretchenfrage (Religion). Ich bin aber optimistisch, dass nach der Beschlussfassung das Programm eine sehr gute Grundlage zum Handeln ist.

M. Richter: Seit 60 Jahren bist Du Mitglied, hast alle Höhen und Tiefen der Partei miterlebt. Hast Du auch manchmal Zweifel?

D. Werner: Zweifel hatte ich, aber nicht am Ziel, sondern an handelnden Personen. Das Ziel, eine Gesellschaft frei von Ausbeutung und Ausgrenzung zu erreichen, wer sollte daran zweifeln?

M. Richter: Mit 20 Jahren bist Du in die Partei eingetreten. War das ein bewusster Schritt?

D. Werner: Ein klares JA. Ich bin 1931 geboren, war bei Kriegsende 14 Jahre. Bombenangriffe und



Dieter Werner

Flucht mit all den schrecklichen Erfahrungen haben meine Jugendzeit bestimmt. Politisch konnte ich das alles noch nicht einordnen. Das kam erst mit meiner beruflichen und politischen Erfahrung. In dieser Zeit lernte ich Genossen und Parteiveteranen kennen, die mich durch ihre Vorbildwirkung geprägt haben.

Mein beruflicher Weg begann mit einer Bäckerlehre. Nach Lehrabschluss musste ich aus gesundheitlichen Gründen diesen Beruf aufgeben. Danach absolvierte ich eine Ausbildung zum Fachverkäufer für Textilien. In der Konsumgenossenschaft Heiligenstadt wurde ich zum FDJ-Sekretär gewählt und hatte eine Grundorganisation mit 100 Mitgliedern.

Beruflich erhielt ich alle Möglichkeiten der Qualifizierung. Seit 1953 war ich Vorstandsmitglied einer Konsumgenossenschaft. Im April 1957 wurde ich Bürger von Luckenwalde. Lebensstationen waren hier die Tätigkeit als Abteilungsleiter Handel

und Versorgung und Sekretär des Rates des Kreises. Während dieser Zeit absolvierte ich erfolgreich ein Studium an der Fachschule für Binnenhandel. Danach wurde ich Abteilungsleiter der SED-Kreisleitung und blieb in dieser Funktion bis zur Wende. Ich bekam die neue Gesellschaftsordnung mit Arbeitslosigkeit und Rentenkürzung hautnah zu spüren. Meine Lebensleistung wie die Millionen anderer war nichts mehr wert. Betriebe und Einrichtungen wurden geschlossen. Das war für mich eine schlimme Zeit. Meine Überzeugung habe ich mir aber nicht nehmen lassen, im Gegenteil.

M. Richter: Du bist immer sehr aktiv gewesen, bis heute. Du redest nicht, Du handelst. Was motiviert Dich?

D. Werner: Meine Überzeugung, eine gerechte Gesellschaft zu schaffen, ist meine Hauptmotivation. Ich rede sehr gern mit Menschen, diskutiere, überzeuge oder lasse mich überzeugen. Auch heute noch bin ich in meiner Basisgruppe aktiv, leiste Dienste in der Geschäftsstelle und kümmere mich um das Archiv und um die Seniorenarbeit. Für die Zukunft wünsche ich mir Gesundheit für meine Familie und für mich. Außerdem möchte ich noch lange aktiv am Parteileben teilnehmen.

M. Richter: In wenigen Tagen wirst Du 80 Jahre. Die Mitglieder des Kreisverbandes gratulieren Dir sehr herzlich und wünschen Dir Gesundheit. Danke für Deine geleistete Arbeit. <

*Lieber Dieter,
uns verbinden über 20 Jahre gemeinsame Arbeit.
Zuerst in einer Zeit guten Glaubens, alles richtig zu tun, dann die Zeit der Selbstbefragung und damals wie heute in großer Vertrautheit,
die aus inhaltlicher Nähe wächst.
Ich danke Dir sehr für Dein engagiertes Mittun und auch sehr, dass Du da bist - für uns da bist. Du, den ich sehr achte, Deine Bescheidenheit, Deine inhaltliche Klarheit, immer auf das Wesentliche bezogen und so verlässlich. Ich wünsche Dir und Deiner Familie noch viele schöne Jahre in Freude, Glück und bei stabiler Gesundheit.
Deine Konni.*

Eine interessante Finanz-Runde

Zum 17. Januar 2011 waren der Kreisvorstand DIE LINKE Teltow-Fläming, die LINKE Kreistagsfraktion sowie LINKE Fraktionsvorsitzende der Kommunalparlamente zu einem Forum mit der Staatssekretärin im brandenburgischen Finanzministerium, Daniela Trochowski, eingeladen. Im Mittelpunkt standen Finanzfragen.

Genossin Trochowski erläuterte, nach welchen Gesichtspunkten der Landeshaushalt 2011 bis 2014 aufgestellt wird, z.T. reichten die Ausgaben bis 2020 und darüber hinaus.

Das hohe Ziel, ab 2014 keine Neuverschuldung zuzulassen, ist nicht ohne große Sparmaßnahmen zu erreichen. Der frühe Termin ist der Tatsache geschuldet, dass „Geberländer“ im Stabilitätsrat, der seit 2010 beim Bundesfinanzminister angesiedelt ist, das Recht haben, „Nehmerländern“ wie Brandenburg vorzuschreiben, in welchen Bereichen die Gelder eingesetzt werden und in welchen nicht. Da liegt natürlich die Befürchtung nahe, dass gerade die neue Kita-Regelung (Verhältnis von Erzieherstellen zu Anzahl der Kinder), das Verhältnis von Lehrerstellen zur Anzahl der Schüler, das Schüler-Bafög usw. auf wenig Verständnis bei den „Geberländern“ stoßen würden.

Erläutert wurde auch, dass das Land neben Fördermitteln, die auch z.T. vom Bund bzw. von der EU gestützt werden, „Darlehen“ vor allem an klein- und mittelständische Betriebe vergibt, die die Unternehmer wieder zurückzahlen, wenn die Produktion läuft. So kann erfolgreich gegen „Landstreichertypen“ vorgegangen werden, die Fördermittel einstreifen und sich, sobald die Beschäftigungsfrist verstrichen ist, den nächsten „günstigen Standort“ suchen.

Die Verringerung der zur Verfügung stehenden Mittel ist auch der Tatsache geschuldet, dass die Bevölkerung des Landes Brandenburg ständig sinkt (Demografiefaktor). Daraus folgt auch, dass die Anzahl der Landesbediensteten sinken muss.

Eine nicht leicht zu lösende Aufgabe wird die Sicherung der Beamtenpensionen nach 2020 sein. Da das Land Brandenburg in den 90er Jahren relativ viele Mitarbeiter verbeamtet hat, müssen deren Pensionen im Rentenalter vom Steuerzahler aufgebracht werden, also aus dem Landeshaushalt.

Das Land Brandenburg hat eine Finanzausgleichsumlage beschlossen. Das bedeutet, dass Kommunen mit überdurchschnittlichen Steuereinnahmen 25% davon an ärmere Kommunen abgeben müssen. Das stößt nicht bei allen Bürgermeistern auf Gegenliebe, ist aber im Zuge der Schaffung gleichberechtigter Lebensverhältnisse notwendig, um vor allem die „Randregionen“ nicht völlig zu entvölkern.

Die künftige Finanzpolitik wird also sowohl zu Mehrausgaben (Kita, Schule, Forschung, Hochschulen) führen als auch zu Minderausgaben, besonders bei Investitionen (Hochbau, Landesstraßenbau ...).

Der Flächenfaktor spielt bei der Verteilung der finanziellen Mittel keine Rolle (Zum Beispiel hat Nuthe-Urstromtal als größte Flächengemeinde Deutschlands mehr Ausgaben für Straßenbau und Feuerwehr als kleinere Städte und Gemeinden.).

Vor dem o.g. Forum fand eine Beratung mit dem Landrat, Bürgermeistern und Amtsdirektoren statt. Hier wurde u.a. darauf hingewiesen, dass die Gemeinde/Stadt höhere Gebühren zahlen muss, wenn Kinder Einrichtungen außerhalb ihres Territoriums besuchen (Kita, Schule) als beim Besuch stadt- oder gemeindeeigener Einrichtungen.

Die offene Diskussion von Vertretern des Finanzministeriums mit Bürgermeistern einerseits und Mitgliedern von Kreisvorstand und Kreistagsfraktion DIE LINKE andererseits wurde von den Teilnehmern begrüßt. Eine lebhaft debattierte Begegnung belegte das große Interesse. So wird die Politik der rot-roten Landesregierung transparent.

Foto: T. Kläring



Daniela Trochowski, Kirsten Gurske und Kornelia Wehlan

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal



DIE LINKE.
Kreisverband Teltow Fläming

Linke Politik im Landtag

Leiharbeit

Nicht zum ersten Mal setzt DIE LINKE dieses Problem auf die Tagesordnung des Landtages – im Unterschied zur vergangenen Initiative diesmal gemeinsam mit der SPD. Dem Antrag der beiden Koalitionsfraktionen stimmte auch Bündnis 90/Grüne zu. Die Landesregierung ist jetzt beauftragt, sich beim Bund für gesetzliche Änderungen einzusetzen, Mitbestimmung ins Gesetz zu schreiben. Der Bund soll den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchsetzen und BetriebsrätInnen ein Mitbestimmungsrecht über den Einsatz von Leiharbeitern einräumen.

Die Anstellung bei einer Leiharbeitsfirma darf nicht mehr auf die Zeit eines Einsatzes begrenzt werden. Und Auswüchse wie die Verlagerung von Arbeitsplätzen in konzerninterne Leiharbeitsfirmen sind schon gar nicht länger hinnehmbar. Aus Fällen wie der Drogerie-Kette Schleckers sollten auch endlich diejenigen gelernt haben, die unverdrossen Leiharbeit als „Brücke“ in reguläre Beschäftigung preisen. Es ist genau umgekehrt: Leiharbeit führt immer mehr Menschen in Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung. Und sie wird von vielen Unternehmen bewusst so praktiziert. CDU und FDP verweigern diese Erkenntnis hartnäckig. Leiharbeit ist zusehends zu einem Instrument des Lohndumpings und der Tariffucht verbogen worden.

Das viel beschworene unternehmerische Risiko wird großenteils auf die Beschäftigten verlagert. Das ist verkehrte Welt, was die Gepflogenheiten anderswo beweisen: In Frankreich ist klar, dass Leiharbeiter keinesfalls geringer, sondern eher besser entlohnt werden müssen als Stammkräfte. Sie nehmen dafür ein hohes Beschäftigungsrisiko in Kauf und erweisen sich als höchst „flexibel“. Die Bundesregierung will bislang nur oberflächliche Korrekturen. Es ist deshalb unverzichtbar, dass mehr Druck im

Sinne der ArbeitnehmerInnen gemacht wird, vom DGB etwa in Form eines Aktionstages am 24. Februar, aber eben auch von den Ländern wie jetzt von Brandenburg. Keine Zwei-Klassen-Belegschaften - Leiharbeit muss wieder auf ihren Ursprungszweck zurückgeführt werden: das Abfangen kurzzeitig hoher Beschäftigungsbedarfe (z.B. bei Auftragsspitzen in Unternehmen). Dumpinglöhne und Zwei-Klassen-Belegschaften müssen so schnell wie möglich der Vergangenheit angehören.

Deutsch-polnische Zusammenarbeit

Brandenburg hat in den vergangenen 20 Jahren seinen Beitrag zur Vertiefung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit geleistet. Deren Höhen und Tiefen haben wir miterlebt. Als Bundesland mit der längsten Grenze zu den östlichen Nachbarn haben wir eine besondere Verantwortung und spezifische Aufgaben: Da sind die Anforderungen, vor denen beide Länder beim Hochwasser an der Oder und ihren Nebenflüssen stehen. Manches, was wir durch das Engagement vieler im Land erreicht haben, ist bundesweit Spitze (etwa die Zahl der Polnisch-Schüler oder die Zusammenarbeit beim Katastrophenschutz). Doch gemessen an Brandenburgs geografischer Lage ist es ausbaufähig. Deshalb ergriff DIE LINKE schon vor längerem die Initiative zu einem Antrag mit der SPD mit Handlungsanforderungen an die Landesregierung, aber auch an die Mitglieder des Landtages. Der LINKEN geht es um eine stärkere Ausrichtung der Ressorts auf die Zusammenarbeit mit den westpolnischen Woiwodschaften – gerade bei Verkehrsinfrastruktur und Wissenschaft/Forschung. Gleiches gilt für die Vorbereitung der neuen EU-Strukturfondsperiode ab 2014. Auch die Kooperation mit unseren direkten Nachbarn in Lubuskie (Lebu-



ser Land) hat noch Reserven. Dort gibt es, wie wir bei Besuchen immer wieder hörten, hohe Erwartungen. Im Rahmen der Oderpartnerschaft ist auch ein stärkeres Zusammenwirken mit den kommunalen Akteuren, vor allem den Euroregionen, notwendig. Am 17. Juni 2011 jährt sich zum 20. Mal der Vertragsschluss zwischen Deutschland und Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. Entsprechende Arbeit für die Politik gibt es bis zu diesem Jubiläum und auch danach genug – gerade in Brandenburg.

Entschädigung der S-Bahn ist ein schlechter Witz

Die angebotene Entschädigung der S-Bahn, ein Monat Freifahrtmöglichkeit, ist ein Witz angesichts der monatelangen chaotischen Zustände.

Verglichen mit der Vielzahl von Zugausfällen, Verspätungen und unkoordinierten Anschlüssen über einen so langen Zeitraum stehen den Fahrgästen mindestens zwei Gratismonate zu. Fahrgäste müssen häufig für die Verspätungen ihre erarbeiteten Überstunden hergeben. Zum Beispiel kommen Eltern verspätet in Kindergärten. Mit dem neuen Winterfahrplan seit Anfang hat sich kaum etwas geändert. Verspätungen sind Alltag. Viele Fahrgäste warten auf den Bahnsteigen, weil ihre Anschlusszüge entweder schon weg oder gar nicht gekommen sind.

Die S-Bahn hat noch eine lange Wegstrecke vor sich, um das Vertrauen und die Sympathie ihrer Fahrgäste wieder zu gewinnen. <

Neues aus der Stadtverordnetenversammlung

Es geht um die Erweiterung der Kristall Schwimm&GesundheitsCenter Ludwigsfelde GmbH und damit um den vorzeitigen Verkauf von Grund und Boden sowie der jetzigen Immobilie, der laut Pachtvertrag ohnehin in 15 Jahren erfolgen würde.

Ohne den Besitz dieser Objekte kann und wird kein Investor zehn Millionen Euro verbauen. Die Stadt kann diese Erweiterung finanziell nicht leisten.

Wenn es nach dem Willen der Fraktion DIE LINKE / FiLu und der mehrfachen Zustimmung der Stadtverordneten ginge, würden sich schon längst Kinder auf der Wasserrutsche tummeln, die Familien im Wellenbad spielen, alle Autofahrer hätten einen Stellplatz im neuen Parkhaus, der verdreckte Waldabschnitt neben dem Bad zur Autobahn wäre ein reizvoller Naturpark mit Streichelzoo; und unsere Stadt hätte vielleicht ein attraktives Hotel.

Alles das und noch mehr haben wir mit dem Betreiber der Therme bereits vor drei Jahren den Ludwigsfeldern in einer großen Veranstaltung vorgestellt.

Die zweite Vorstellung erfolgte ein Jahr später direkt vor Ort in der Therme.

Die große Mehrheit der Ludwigsfelder Bevölkerung und die Besucher der Therme fragen uns und die Mitarbeiter, wann endlich der Bau losgeht.

Das ist eine gute Frage. Und sie wurde eine Frage der Zeit.

Zunächst gab es ständige Stürme durch die Bürgerinitiative für

ein lebenswertes Ludwigsfelde gegen dieses Vorhaben und gegen den Betreiber; aber Stadtverordnete, Verwaltung und der Bürgermeister stellen diese Thematik immer wieder geduldig zur Diskussion. Die Kommunalaufsicht, aufgeschreckt durch entsprechende Briefinhalte eben dieser Bürgerinitiative, blockierte unser Vorhaben.

Entscheidungen wurden nicht getroffen, im Gegenteil, es entstanden unendliche Verzögerungen. Neue Forderungen an den Kaufvertrag wurden laut, obwohl durch ein unabhängiges Gutachten Kaufpreis und Modalitäten bereits festgeschrieben waren. Also wurde nachgebessert und nachgebessert zu Gunsten der Stadt – im Entgegenkommen des Betreibers!

Was also noch?

Trotz der Nachbesserungen vor Wochen fehlt bis heute jede Stellungnahme durch die Kreisverwaltung.

Was bezweckt der Landrat als Unterzeichner mit diesem Verhalten?

Wenn er schon die Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung negiert, ist er dann wenigstens an der weiteren Entwicklung der Stadt Ludwigsfelde interessiert? Ich kann jedenfalls ein solches Bemühen nicht erkennen.

Oder hat die Verzögerung einen taktischen Grund?

Wie geht es nun in Ludwigsfelde weiter?

Ich gebe die Hoffnung auf eine Erweiterung unseres Bades dennoch nicht auf, obwohl die Bedingungen



Ludwigsfelde

jetzt wesentlich komplizierter geworden sind.

Es ist gut zu verstehen, wenn der Vertragspartner und Geschäftsführer jetzt erst einmal „die Füße still hält“, denn die Kristall Bäder AG hat nun in Werder den Zuschlag zum Bau der „Blüentherme“ erhalten.

Häme gegenüber den ständigen Neinsagern ist jetzt unangemessen. Hoffentlich haben all die Verhinderer am Ende eine Antwort auf ihr Verhalten, wenn sich die Konsequenzen eines Nichtverkaufs auf die Kassen der Stadt negativ auswirken werden.

Peter Dunkel, Ludwigsfelde

Mitglieder der Fraktion DIE LINKE in der SVV Ludwigsfelde:

Peter Dunkel, Vorsitzender
Klaus Hubrig
Angelika Linke
Erika Dahlke
Reinhold Krause
Heiner Reiß
Silvio Pape

LinksTreff in Ludwigsfelde

Wir haben in Ludwigsfelde ein neues Gremium installiert, um möglichst viele Genossen, Freunde und Sympathisanten zu erreichen – den LinksTreff.

Das sind monatliche Termine in der Geschäftsstelle für unsere parteipolitische Arbeit und mehr. Wir haben diese Termine im Wechsel

mal vormittags um 10.00 Uhr und im folgenden Monat um 18.00 Uhr geplant, um vielen Interessierten die Möglichkeit der Teilnahme zu geben. In diesem Jahr hat die Programmdiskussion natürlich höchste Priorität.

Weiterhin wird monatlich aus der Arbeit der Stadtfraktion berichtet, aber auch Gäste aus der Stadt und

darüber hinaus werden eingeladen. Im März begehen wir den 100. Frauentag und der traditionelle und beliebte Frühschoppen zum 1. Mai findet natürlich wieder statt.

Wünschen wir uns viel Erfolg und viel Spaß.

Angelika Linke, Ludwigsfelde

Notizen aus dem Karl-Liebnecht-Haus

von Maritta Böttcher

DIE LINKE muss der Motor für den Politikwechsel werden

Mit dem „Politischen Jahresauftakt“, einer Veranstaltung mit mehr als 800 Gästen im bcc in Berlin, startete DIE LINKE in das Superwahljahr 2011, in dem allein sieben Landtagswahlen stattfinden werden.

In zwei Fällen - Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz - geht es für DIE LINKE um den erstmaligen Einzug in das Landesparlament, in zwei anderen Fällen - Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern - darum, ob DIE LINKE stärkste politische Kraft im Land wird und künftig den Ministerpräsidenten stellt. Doch in jedem Fall geht es darum, einen Beitrag für einen Politikwechsel in Richtung sozialer Gerechtigkeit zu leisten.

Nochmals zum Kommunismus. Karl Marx hat das Ziel trefflich im kommunistischen Manifest formuliert, nämlich eine Gesellschaft, in der die Freiheit des Einzelnen die Voraussetzung für die Freiheit aller ist. Und Gesine Löttsch hat nochmals klar gesagt: Mit uns wird es weder einen Stalinismus noch einen autoritären Sozialismus geben. Das hat die Menschheit abgelehnt. Wir streiten für einen demokratischen Sozialismus. Und dafür müssen wir schon auch mal an die Wurzeln zurück und bei Marx findet man diese bekanntlich.

Verhandlungen um Hartz IV in der Sackgasse

„Die Verhandlungen um eine Hartz-IV-Reform stecken in einer Sackgasse. Die Regierung missachtet weiterhin das Urteil des Verfassungsgerichts. SPD und Grüne sind nach wie vor in der Hartz-IV-Falle gefangen und können kein Paroli bieten“, erklärt Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, zu den laufenden Verhandlungen der Hartz-IV-Arbeitsgruppe, in

der Enkelmann erst nach einer Klage der Fraktion DIE LINKE vor dem Bundesverfassungsgericht mitarbeiten konnte.

Bundesarbeitsministerin von der Leyen beschränkt sich mit ihren Vorschlägen ausdrücklich allein darauf, die physische Existenz von Langzeitarbeitslosen zu sichern. Das Verfassungsgericht hat in seinem Urteil aber klargestellt, dass es um die Sicherung der physischen Existenz sowie um die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen geht. Solange die schwarz-gelbe Regierung sich hier nicht deutlich bewegt, wird die Reform im Kern verfassungswidrig bleiben. Die Gegenwehr von SPD und Grünen erschöpft sich im Klein-Klein. Beide Parteien haben sich bis heute nicht von der Hartz-IV-Logik verabschiedet.

Kniefall der SPD vor dem Kriegskurs der Regierung

Die SPD beurteilt den Mandatsentwurf der Bundesregierung für den Beginn des Abzugs der Bundeswehr aus Afghanistan positiv. Der Text für eine Abzugsperspektive noch in diesem Jahr sei „deutlich genug“ formuliert. Entweder die SPD fällt auf die Augenschere der Regierung herein oder sie beteiligt sich wissentlich an ihr. Beides ist ein Armutzeugnis.

Die Bundeswehr soll in Afghanistan bleiben, bis das Kriegsziel der NATO erreicht ist: die Stabilisierung der korrupten, undemokratischen, vom Westen eingesetzten Regierung. Wieder versucht eine Regierung, die Bevölkerung hinzuhalten. Und wieder beteiligen sich Teile der Opposition daran.

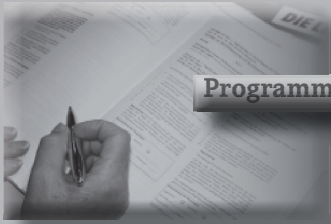
DIE LINKE bleibt auch zehn Jahre nach Beginn der Besetzung Afghanistans dabei: Der Krieg ist wesentliche Ursache der Probleme im Land. Nur der Abzug bietet die Chance auf Demokratie, Frieden und wirtschaft-



liche und soziale Entwicklung in Afghanistan. DIE LINKE hat gegen die Mandatsverlängerung gestimmt.

Schwarz-Gelb hat die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes gebilligt. „Die Kriegscoalition aus Union, FDP, SPD und wohl auch den Grünen lernt nicht dazu. Kein Problem Afghanistans lässt sich mit Krieg lösen“, bekräftigt Gregor Gysi. Der angekündigte Beginn des Abzugs Ende 2011 ist zudem unter so viele Vorbehalte gestellt, dass er unzulässig nur falsche Hoffnungen wecken kann. „Wer wirklich abziehen will, muss einen klaren Tag des Beginns und einen klaren Tag des Endes des Abzugs benennen - und zwar beides unverzüglich“, fordert Gregor Gysi. Wir empfehlen der Bundesregierung, einen innerafghanischen Versöhnungsprozess und direkte Verhandlungen mit dem Ziel einer politischen Lösung zu unterstützen. <





Programmdiskussion

Programmdiskussion in der BO 11/12 Luckenwalde von Dirk Bühmann

In den letzten monatlichen Versammlungen unserer BO haben wir den Programmentwurf unserer Partei erörtert und diskutiert.

Im November stand der Abschnitt V „Gemeinsam für einen Politikwechsel und eine bessere Gesellschaft“ auf der Tagesordnung.

Dass die heutige Gesellschaft, in der wir leben und in der das Geld und die Banken das Sagen haben, in der sich die Kluft zwischen Armen und Reichen „dank“ der Politik der Bundesregierung mehr und mehr öffnet, kann nicht das Ende der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft sein.

Eine Alternative zur jetzigen Gesellschaft ist der demokratische Sozialismus! Bei der weiteren Entwicklung der Gesellschaft in diese Richtung besteht die wichtigste Aufgabe unserer Partei darin, im Bündnis mit den Gewerkschaften, gesellschaftskritischen Initiativen, sozialen Bewegungen, mit Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten, mit allen progressiven Menschen durch eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen und so die Grundlagen für eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft zu schaffen.

Von den Genossinnen und Genossen wurde in diesem Zusammenhang positiv hervorgehoben, dass starken, kämpferischen, politisch eigenständig handelnden Gewerkschaften große Bedeutung beigemessen wird und deren Funktionsträger nicht mehr als „Stehkragenproletarier“ bezeichnet werden

- auch wenn es in der Vergangenheit vorgekommen ist, dass dieser oder jener Interessenvertreter der Arbeitnehmer zum Interessenvertreter des Kapitals mutiert ist.

Durch parlamentarische und außerparlamentarische Aktivitäten sowie durch die Entwicklung langfristiger Reformalternativen - anknüpfend an die demokratischen, sozial- und rechtsstaatlichen Errungenschaften, die bereits in der Vergangenheit in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen erreicht wurden - machen wir uns auf den Weg zu einer demokratischen, sozialen, ausbeutungs- und unterdrückungsfreien Gesellschaft, auf den Weg zur sozialistischen Gesellschaft. Das Erreichen dieses Zieles, darüber waren sich die Mitglieder der BO einig, wird sehr viel Zeit, Kraft und Ideen benötigen.

In dem Abschnitt über die strategischen Kernaufgaben der LINKEN ist von der „Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse“ die Rede. Hier sind wir der Meinung, dass der Begriff „Eigentumsverhältnisse“ zu allgemein gefasst ist und so vom politischen Gegner als „Kampf gegen jegliches Eigentum“ missbraucht werden könnte.

„DIE LINKE hat begonnen, die politischen Kräfteverhältnisse ... zu verändern.“ - und das nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch im Kreis Teltow-Fläming.

Zitat aus dem Entwurf: „... bringt DIE LINKE ihre eigenen Kompetenzen in politische Bündnisse ein und unterstützt sie mit ihren Ressourcen. Als Partei greifen wir die Anliegen und Aktivitäten unserer politischen Partner auf und nehmen unsere eigenen Funktionen wahr.“

An anderer Stelle: „Wir bemühen uns um Transparenz politischer Prozesse und wollen Missbrauch politischer Macht aufdecken.“

Die Genossinnen und Genossen der Kreistagsfraktion sind in den vergangenen Jahren wegen ihrer Kompetenz und aus Sympathie der Wähler zur PDS bzw. LINKEN mit vielen Stimmen gewählt worden und haben sich (laut-)stark für die Belange ihrer Wähler eingesetzt, ob Hartz IV, ARGE, geschönte Arbeitslosenzahlen, Aktivitäten des Landrates (Auto1) o.ä.! Seit nun die Fraktion mit fast allen anderen in einem Boot sitzt, ist ihre Stimme - außer in unserer Zeitung „LinksBlick“ - kaum noch zu vernehmen. Dabei gibt es doch noch immer viele Problemthemen: Hartz IV, ARGE, geschönte Arbeitslosenzahlen, Aktivitäten des Landrates (Auto2) o.ä. ...

Unsere Schlussfolgerungen aus der Diskussion dieses Abschnittes des Entwurfes:

Jede Genossin und jeder Genosse unserer BO erläutert und begründet die Aufgaben unserer Partei zur Schaffung einer besseren, gerechteren Gesellschaft und setzt sich für die Erreichung dieses Ziels ein, sei es nun im Familien- und Bekanntenkreis oder - je nach Alter, Gesundheitszustand und Befähigung - in der Öffentlichkeit und in den Parlamenten.

Nach einer sachlichen Aussprache über den Entwurf sorgte dann doch ein Satz aus selbigem für ein leichtes Schmunzeln: „Unsere Partei nimmt keine Spenden von Konzernen und Banken entgegen.“ - Gut, aber da wird wohl eher der Teufel Weihwasser spenden ... <

Liu Xiaobo und der Friedensnobelpreis 2010

Der schwedische Chemiker Alfred Nobel verfügte in seinem Testament, dass die Zinsen seines Vermögens „als Preis denen zugeteilt werden, die im verflossenen Jahr der Menschheit größten Nutzen geleistet haben“. Neben Preise für naturwissenschaftliche Entdeckungen, Leistungen in der Medizin und Literatur sollte es auch jährlich einen Preis für denjenigen geben, der „am meisten oder am besten auf die Verbrüderung der Völker und die Abschaffung oder Verminderung stehender Heere sowie das Abhalten oder die Förderung von Friedenskongressen hingewirkt“ habe.

Für 2010 nun wurde der Preis an einen chinesischen „Dissidenten“, der für „Demokratie“ und „Menschenrechte“ in China kämpft und deshalb ins Gefängnis geworfen wurde, an Liu Xiaobo verliehen.

„Dissidenten“ aus Ländern, die die sozialistische Entwicklung anstreben, gehören seit Langem zur ausgewählten Gruppe von möglichen Nobelpreisträgern. Der Dalai Lama war der Letzte, der für sein aktives Wirken, China grundsätzlich zu verändern, ausgezeichnet wurde. Er hat nun seinerseits Liu Xiaobo für diesen Preis vorgeschlagen und das Nobelpreiskomitee folgte seinem Vorschlag.

Warum diese Auszeichnung? Wer ist Liu Xiaobo?

Bis zur Bekanntgabe der Nominierung war er weitgehend unbekannt, im Westen wie in China selbst. Bei der Begründung der Verleihung berief sich das Komitee auf dessen Rolle bei den Protesten auf dem Tian'anmen-Platz von 1989 und seine Beteiligung an der Ausarbeitung und Verbreitung der Charta - 08.

Liu Xiaobo war Ende der 80er Jahre Dozent an der amerikanischen Elite-Universität Columbia. 1989 kehrte er nach Peking zurück und übernahm eine führende Rolle bei der Vorbereitung und Durchführung der Studenten-

proteste auf dem Tian'anmen-Platz.

Diese Demonstrationen waren ein früher Versuch der amerikanischen Geheimdienste, sich in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik China einzumischen und eine Farbenrevolution wie später in Serbien, in der Ukraine, Georgien u.a. in Gang zu bringen. Das misslang gründlich.

2008 trat Liu Xiaobo als „führender Verfasser“ der sogenannten „Charta - 08“ auf. Daraufhin wurde er zu einer elfjährigen Haftstrafe wegen „Agitation mit dem Ziel des Umsturzes der Regierung“ verurteilt. Er habe zum Umsturz des politischen Systems der Volksrepublik China aufgerufen und damit gegen geltendes chinesisches Recht verstoßen. „Die Verleihung des Friedensnobelpreises an einen verurteilten Kriminellen verspottete den letzten Willen Alfred Nobels“, so ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums.

Was beinhaltet nun die „Charta - 08“?

Sie ist kein üblicher Aufruf nach „Einhaltung der Menschenrechte“, kein Protestbrief, sondern beinhaltet ein umfassendes politisches Programm. Liu und seine Mitstreiter fordern nicht weniger als die Abschaffung der chinesischen Verfassung und die Auflösung der Volksrepublik. Liu fordert ein ganz nach westlichen Maßstäben zugeschnittenes pluralistisch-parlamentarisches Regierungssystem. Besonders hingewiesen sei auf drei Themenkomplexe, deren sich Liu in der Charta annimmt und die einen vollständigen Bruch nicht nur mit der Politik seit der Gründung der Volksrepublik, sondern auch mit jahrtausendealten chinesischen Traditionen darstellen:

- die Absage an den Zentralismus in der Staatsgewalt

- die direkte Übernahme eines westlich-parlamentarischen Modells und
- die Radikalprivatisierung der chinesischen Gesellschaft.

Die gesamte chinesische Geschichte und die erfolgreiche Entwicklung der letzten Jahre ist ohne Bezug auf eine politische Zentralgewalt nicht zu verstehen und auch nicht möglich gewesen.

China ist das Land

- mit der weltweit höchsten Einwohnerzahl (1,3 Milliarden),
- mit der viertgrößten territorialen Ausdehnung,
- mit 56 Nationalitäten.

Durch frühe Zentralisierung wurden die Bedingungen geschaffen, die bis heute ein gemeinsames chinesisches Nationalgefühl ausmachen, die die Grundlagen für die Regierbarkeit dieses Riesenreiches darstellen. Auf die naheliegende Frage, wie ein solches Land unter föderativer Verwaltung als einheitlicher Nationalstaat intakt gehalten werden könnte, gibt die „Charta - 08“ keine Antwort,

In Bezug auf den anzustrebenden Umbau des chinesischen Staates wird im Wesentlichen eine direkte Übernahme des westlichen pluralistischen Regierungssystems mit Mehrparteienmodell und parlamentarischer Gewaltenteilung gefordert.

Dieser Versuch wurde bereits 1911 in China unternommen und scheiterte. China wurde in dieser Zeit, in der die Welt im Wesentlichen unter einer Handvoll Großmächte aufgeteilt war, nur noch stärker verwundbar und endgültig zum Opfer ausländischer Aggression. Erst der Sieg der Kommunisten im Bürgerkrieg 1949 rettete die chinesische Nation. Den sich daraus ergebenden Lehren verschließen sich die „Charta“-Autoren, indem sie das Problem auf eine rein

Fortsetzung auf Seite 9

Fortsetzung von Seite 8

technische Frage der „besseren Regierungsform“ reduzieren.

Eine Schwächung oder gar Zerschlagung des Zentralstaates würde China zur begehrlichen Beute imperialistischer Mächte machen. Es wäre angreifbar und verwundbar.

Genauso radikal wie die politischen Vorhaben Lius sind die wirtschaftlichen Maßnahmen, die in der „Charta“ gefordert werden:

- umfassende Privatisierung
- Zerschlagung aller Staatsbetriebe sowie
- Rücknahme aller Nationalisierungsmaßnahmen, die seit 1949 durchgeführt wurden.

Es geht dabei nicht um das Recht auf eine eigene kleine Parzelle oder private Gewerbebetriebe. Das alles gibt es bereits in China. Es geht dabei um die Staatsbetriebe und ausländisches Kapital. Trotz Privatisierung vieler Betriebe in China hält der chinesische Staat das Eigentum an beinahe sämtlichen Schlüsselindustrien, der Infrastruktur und der Kommunikation.

So gesehen nimmt der Staatsbesitz unter den kapitalintensiven Industrien nach wie vor die maßgebende Rolle ein. Für private Investitionen aus dem Ausland gelten Gesetze, die verhindern, dass dieser Sachverhalt unterlaufen werden kann. Wer in China investieren und produzieren möchte, so die Gesetzeslage, hat dies in Kooperation mit chinesischen (Staats-) Betrieben zu tun.

Dank dieser Regelung gelangt China immer wieder in den Mitbesitz von Patenten und technischem Know-how. „Satellitenfabriken“ mit importierten Fachangestellten, die nur auf ungelernete inländische Handarbeiter zurückgreifen müssen, sind in China undenkbar.

Eine Radikalprivatisierung, wie sie von Liu verlangt wird, wäre also das Wunschprogramm jedes westlichen Konzerns, der in China investiert:

Endlich wieder volle Kontrolle, freie Ausfuhr aller Gewinne und möglichst wenig Qualifikation der Chinesen selbst - sie könnten sonst auf die Idee kommen, dasselbe irgendwann billiger oder besser herzustellen.

Noch viel weiter geht die groteske Forderung, die Bodenreform der fünfziger Jahre rückgängig zu machen. Wie soll 60 Jahre nach der Bodenreform der Besitz rückübergewen werden? Was soll mit Hunderten Millionen von Kleinbauern, denen der Grund und Boden auf verlängerbare und erbbegünstigte Pacht überlassen wurde, geschehen? Sie würden um ihre Existenz gebracht. Auch dazu schweigt die „Charta - 08“.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, wovon Liu, nachdem er seine gutdotierte Dozentenstelle an der Columbia-Universität aufgegeben hat, lebt, wie er seinen Unterhalt bestreitet. Er war bis 2007 Präsident des Unabhängigen Chinesischen PEN-Zentrums. Laut seiner offiziellen Biographie auf der Webseite von PEN-International gehört er dessen Vorstand an. PEN ist keine zufällig zusammengesetzte Vereinigung von Schriftstellern. Sie gehört vielmehr zum britisch-amerikanischen Netzwerk nichtstaatlicher Menschenrechts- und Demokratieorganisationen (NGOs) und anderer Vereinigungen und Stiftungen, die für geopolitische Ziele eingesetzt werden, die in Wirklichkeit von ihren Sponsoren und Förderern festgelegt werden.

Zu den Finanziers gehören u.a. das USA-State Departement, Blomberg, Soros. Damit wird deutlich, wo die eigentlichen Auftraggeber dieses „Disidenten“ sitzen.

China entwickelt sich gegenwärtig zu einer starken und dynamisch wachsenden Volkswirtschaft von Weltformat. Als politischer Faktor bildet es internationale Allianzen, um das Wirtschaftswachstum auch dort zu fördern, wo Washington weniger Einfluss hat (z.B. Russland, Sudan,

Iran, Kuba, Vietnam, andere afrikanische Staaten).

Derzeit stellt China als dynamischer und gleichzeitig stabiler Staat eine strategische Bedrohung für die Vereinigten Staaten dar. Das nicht etwa, weil China mit Krieg drohen würde, so wie es Washington überall in der Welt tut. Die Bedrohung liegt darin, dass die USA oder besser die, die über ihre Politik bestimmen, ihre dominierende Stellung verlieren. Währenddessen bewegen sich China, Russland, die Länder der Shanghai Cooperation Organization in Zentralasien und zahllose andere Länder in Richtung einer multipolaren Welt.

Laut Bush-Doktrin und amerikanischer strategischer Geopolitik muss diese Dynamik um jeden Preis unterbunden werden.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an Liu Xiaobo ist keine Geste der Friedensförderung, sondern Teil eines von NOGs geführten verdeckten irregulären Krieges der USA gegen die Existenz Chinas als souveräner Staat.

Liu Xiaobo ist für sie ein willkommenes Werkzeug, eines von zahllosen anderen, wie z.B. der Dalai Lama oder Rebiga Kadeer vom Volkskongress der Uiguren, der seinen Sitz in Washington hat. Auch Gorbatschow gehört in diesen Kreis.

Dr. Ulryk Gruschka, Luckenwalde

Deutsch-Chinesischer Freundschaftsverein e.V.

Petrikirchstraße 12,
14943 Luckenwalde

Ansprechpartner:
Dr. Ulryk Gruschka,
03371/642439

Diana Golze hat das Wort

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region

Aus Verantwortung und nicht aus Populismus

Diana Golze, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, wendet sich erneut an die Bürgerinnen und Bürger im Havelland, in der Stadt Brandenburg an der Havel, in Potsdam-Mittelmark und in Teltow-Fläming. Wie Sie alle noch wissen, wurden 2008 die Diäten der Bundestagsabgeordneten erhöht.

Die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag hatte sich einstimmig dagegen ausgesprochen. „Aus Verantwortung und nicht aus Populismus habe ich seit 2008 jeden Monat meine Diätenerhöhung an soziale und gemeinnützige Einrichtungen im Wahlkreis 61 gespendet. Ich kann es nicht mit meinem Gewissen vereinbaren, die eigenen Bezüge in Zeiten zu erhöhen, in denen alle anderen die Gürtel enger schnallen müssen“, so Diana Golze.

„Nach meinem Aufruf im Dezember 2007 haben sich mehr als 50 Einrichtungen bei mir gemeldet - von Rathenow, über Brandenburg an der Havel und Belzig bis Jüterbog, von



einer Mutter-Kind-Einrichtung, über einen Ambulanten Hospiz-Dienst bis hin zu Kinderbetreuungseinrichtungen. Alle Projekte, die bisher eine Spende erhalten haben, finden Sie unter: <http://linksfraktion.de/abgeordnete/diana-golze/bezuege/>

Auch 2011 möchte ich die Diätenerhöhung monatlich verschiedenen Projekten in meinem Wahlkreis oder auch darüber hinaus im Land Brandenburg zugute kommen lassen. Wenn Sie einen konkreten Vorschlag haben, eine Einrichtung, die dringend Hilfe braucht, oder ein wichtiges soziales Projekt kennen, dann freue ich mich über eine Nachricht von Ihnen an meine E-Mail-Adresse: diana.golze.lt02@bundestag.de <

„Ich mach ein Lied aus Stille“

Eva Strittmatter – am 8. Februar 2010 beging sie ihren 80. Geburtstag. Weltweit wurde ihrer gedacht, wurden ihr Glückwünsche gesandt. Am 3. Januar 2011 schloss sich ihr Lebenskreis für immer; es wird kein neues Gedicht, keine neuen Briefe mehr von ihr geben. Aber kennen wir denn schon die vielen Briefe, aus denen die Vielfalt ihrer Gedanken spricht, ihre Gedichte, die das Persönlichste ihres Ich widerspiegeln?

Herrmann Kant, literarischer und politischer Weggefährte über Jahrzehnte, würdigte Eva Strittmatter an ihrem Grabe u.a. mit folgenden Worten: „Sie hatte den Mut, sich auf das Leben einen Reim zu machen. Sie konnte im Glück haushalten, und Hof halten konnte sie auch. Aber wie man zu Freunden im Unglück hält, wusste sie wie kaum ein anderer.“

Welche Größe von Leben verbirgt sich hinter diesen Worten!

Bemühen wir uns, Eva Strittmatter beim Lesen ihrer Werke immer besser zu verstehen. Schließlich sollten gute Bücher nicht nur einmal gelesen werden. Und gute Bücher hat sie alle geschrieben.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Auflösung Bilderrätsel



Hier zu sehen ist der Eingang zum Wildpark Johannismühle, gelegen im schönen Baruther Urstromtal zwischen Baruth und Golßen, direkt an der B 96.

Die Eiszeit gab der reizvollen Landschaft ihr Gepräge. Auf dem heute über 100 ha großen umfriedeten Gelände findet man eine in ihrer Vielfalt einmalige Wald-, Wiesen- und Teichlandschaft.

Hier können wir unsere heimischen Wildarten ohne störende Zäune in ihrem riesigen Freilauf entdecken und beobachten.

Hohe Kiefern, dichte Schonungen, reizvoller Mischwald, Trockenrasen und Feuchtbiootope sind der natürliche Lebensraum für die dort lebenden Wildtierarten in freier Natur oder teilweise in Gehegen. <

Deutsche Narretei

Narri, Narro, Narrallalla,
die Faschingszeit ist wieder da.
Mit Verkleidung und mit Narretei,
Doch Aschermittwoch geht's vorbei.

Nicht so in unserm Parlament,
wo Narretei kein Ende kennt.
Atomkonsens, da steigt man aus,
für unsre Enkel wird's ein Graus.

Hartz IV exakt berechnen hieß die Pflicht,
nur von der Leyen stört das nicht.
Mit Rechenricks glänzte ihr Thron,
5 Euro mehr, es ist ein Hohn.

Die Kinderarmut hierzulande,
für unser Land die größte Schande.
Gutscheine solln das Unheil stoppen,
nur Deppen kann man damit foppen.

Die Kopfpauschale von Röslers Gnaden,
fürs Volk ein riesengroßer Schaden.
Nur die Privaten sind weg und hin,
so festigt man die Klassen- Medizin.

Mindestlohn will man gar nicht haben,
weil Konzerne sich an Dumpinglöhnen laben,
doch wie soll Mittelstand bestehen,
wenn Arbeitnehmer betteln gehen.

Für Banken Wahnsinns- Schutzschirm- Geld,
was für die Menschen ständig fehlt.
Da kann man mit Milliarden prahlen,
die Bürger solln die Zeche zahlen.

Zu Guttenberg gradlinig offen,
Berufsarmee lässt Sieg erhoffen,
doch Träumerei von großen Siegen,
führt nur zu mehr und schlimmen Kriegen.

Sozialabbau, Stuttgart 21, BBI,
so löst man doch Probleme nie.
Seit Politik so abgehoben,
bleiben die Menschen abgeschoben.

Drum rufe ich setzt Euch zur Wehr,
bei Wahlen, Demos und noch mehr.
Wird weiter närrisch nur regiert,
bleiben wir alle angeschmiert.

Rainer Weigt, Klein Schulzendorf

Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und
Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern*

Klaus Wetzel in Schönefeld zum 73. Geburtstag am 19.02.
Margarete Schwarz in Luckenwalde zum 87. Geburtstag am 20.02.
Fritz Steinbach in Luckenwalde zum 81. Geburtstag am 22.02.
Erika Mehlfeld in Mahlow zum 71. Geburtstag am 22.02.
Ruth Gatzka in Ludwigsfelde zum 88. Geburtstag am 27.02.
Christa Saß in Rangsdorf zum 77. Geburtstag am 03.03.

Christine Wilske in Blankenfelde zum 70. Geburtstag am 19.02.
Hans-Dietrich Werner in Luckenwalde zum 80. Geburtstag am 22.02.
Klaus Kühnhorn in Jüterbog zum 65. Geburtstag am 26.02.
Günter Gutsche in Luckenwalde zum 75. Geburtstag am 02.03.

„Was wir nicht haben, ...

brauchen Sie nicht!“ Was für ein ver-
rückter Satz! Wie kommt ein Schwei-
zer dazu, nach Brandenburg zu
ziehen? Nur dann, wenn er eine Ös-
terreicherin liebt, die sich wiederum
in einen Ort namens Amerika verliebt
hat. Alles basiert auf Tatsachen.

Aber die alles andere als „norma-
le“ Wirklichkeit
erscheint uns
mit einer Leich-
tigkeit, Locker-
heit, einem ganz
feinen Humor,
dass es einfach
Freude bereitet,
das Buch von
Dieter Moor mit



o.g. Titel zu lesen und dabei unser
Land Brandenburg mit anderen Au-
gen zu sehen. An Hand seiner sich
entwickelnden Beziehungen zu den
Dorfbewohnern lerne ich als Leserin
deren Charaktere, Lebensgewohn-
heiten und -geschichten kennen
- auch viel über Amerikas DDR-Ge-
schichte.

Mir fällt auf, dass der Verfasser als
genauer Beobachter entdeckt, dass

es im Alltag viele Möglichkeiten gibt,
die Menschen glücklich machen kön-
nen, jeden auf seine Art; und doch
gehören sie alle zusammen.

Als eine der kuriosesten Szenen
empfinde ich den „Strippen“-Einkauf
im ehemaligen Dorfkonsum. Wie
soll ein Schweizer auch auf „Schrip-
pen“ kommen,
wenn er Bröt-
chen meint?
Auffallend wie
Moor seine Vor-
stellungen vom
Leben im neuen
Zuhause mit der
Wirklichkeit kon-
frontiert.

Dann spricht „der kleine Schwei-
zer“ in seiner Brust. Am Ende heißt
es: „`Kleiner Schweizer? ... Bist du
noch da?`... Er ist offenbar weg. Ich
vermisse ihn kein bisschen.“

Leider endet damit die Augen zwin-
kernde Geschichte über Dieter Moor,
seine Lebenspartnerin Sonja und die
Bewohner von Amerika, gelegen in
Brandenburg.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

In tiefer Trauer gedenken
wir unseres
langjährigen Genossin

Elli Wünschmann

| | |
|--|---|
| Kreisverband DIE LINKE. Teltow-Fläming | DIE LINKE. Stadtverband Luckenwalde |
|--|---|

Wir trauern um unseren
Genossen

Waldemar Lehmann

Wir werden sein Andenken in
Ehren halten.

| | |
|--|--|
| Kreisverband DIE LINKE. Teltow-Fläming | DIE LINKE. Ortsverband Rangsdorf |
|--|--|

Unser langjähriger Genosse

Lothar Marsch

ist verstorben.
Ehre seinem Andenken

| | |
|--|---|
| Kreisverband DIE LINKE. Teltow-Fläming | DIE LINKE. Stadtverband Luckenwalde |
|--|---|

Der plötzlichen Tod
unseres Genossen

Arnim Nürnberger

macht uns tief betroffen.
Ehre seinem Andenken

| | |
|--|---|
| Kreisverband DIE LINKE. Teltow-Fläming | DIE LINKE. Stadtverband Luckenwalde |
|--|---|

20 Jahre RLS und Fakten zum Staunen

Am 19. 01.2011 beging die brandenburgische Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) bei einem Neujahrsempfang ihr 20-jähriges Jubiläum.

Linke politische Bildungsangebote fanden in dieser Zeit viele Interessenten, am meisten natürlich in den großen Städten wie Potsdam, Cottbus, Brandenburg und Frankfurt/Oder. Aber auch wir Luckenwalder organisieren dank der fleißigen Arbeit von Josef Sagner immer wieder interessante Diskussionsrunden. Dafür danken wir ihm herzlich. Er war natürlich beim o. g. Empfang dabei.

Überrascht wurden wir mit der Vorstellung der Magisterarbeit von Daniel Lange „Auf deutsch-deutscher UN-Patrouille“, die einen Förderpreis der RLS erhielt. Die Arbeit untersucht den einzigen UN-Einsatz von Polizisten der DDR zwischen Oktober 1989 und März 1990 in Namibia, als dieses Land begann, seine Unabhängigkeit zu gestalten. Parallel waren auch Soldaten des Bundesgrenzschutzes im Einsatz.

So halfen deutsche Polizisten einem Staat in seine Unabhängigkeit, während die DDR begann, sich von der Weltbühne zu verabschieden – ein Kuriosum der Geschichte. Die namibische Botschaft informiert über diese ausgezeichnete Arbeit von Daniel Lange auf ihrer Internetseite.

Die zweite Überraschung erlebten wir Teilnehmer des Empfangs mit einem Film der Regiestudentin an der Filmhochschule „Konrad Wolf“ in Babelsberg, Laura Laabs. Unter dem Titel „Enkel der Geschichte“ hatte sie einen 20-minütigen Film über ihre Großmutter, Sibylle Gerstner, gedreht. Diese ist die Mutter von Daniela Dahn, Gründerin der DDR-Modezeitschrift „Sibylle“; sie lebt fast 91-jährig in Kleinmachnow. Der Blick zweier völlig unterschiedlicher Generationen auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts bietet das filmische Spannungsfeld. Für uns zwei Teilnehmer aus Luckenwalde bot dieser Empfang viel Neues und genügend Stoff für Diskussionen.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Termine

10.03.11 15.00 Uhr
Frauentagsfeier in der WÜST
Luckenwalde

16.02.11 14.00 Uhr
Redaktionssitzung
Geschäftsstelle Luckenwalde

21.02.11 19.00 Uhr
Kreisvorstand
Geschäftsstelle Jüterbog

Bildungsabend

Dr. Norbert Podewin:
„Ehem. Nazis in Spitzenämtern
der früheren Bundesrepublik“

Montag, 14. Februar 2011,
um 17.00 Uhr
in der Kreisgeschäftsstelle
Luckenwalde

IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 337 1/632267, Fax: 63 69 36, www.dielinke-luckenwalde.de
14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/43269 1, Fax: 443033, www.dielinke-tf-sued.de
14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653, Fax: 03378/510654, www.dielinke-ludwigsfelde.de
Spendenkonto: 363 302 7415, BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam
Redaktionsschluss: 19. Januar 2011, der nächsten Ausgabe: 16. Februar 2011
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.
Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming, V.i.S.d.P.: T. Senst